

***Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft******Jugend im Parlament 2007***

In der Zeit vom 30. November bis 4. Dezember 2007 fand die Veranstaltung „Jugend im Parlament“ in der Bremischen Bürgerschaft statt. Im Rahmen der jährlich durchgeführten Veranstaltung wird die Altersgruppe der 15- bis 21-Jährigen angesprochen. Die aus rund 30 Schulen aus Bremen und Bremerhaven kommenden Jugendlichen wählten ein Präsidium und gaben sich – vergleichbar der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) – eine Geschäftsordnung. Zu Beginn der Sitzung wurde eine Aktuelle Stunde zu den Themen „Rauchverbot“ und „Politikverdrossenheit“ durchgeführt.

Es wurden vier Ausschüsse gebildet und zwar:

1. Bildung,
2. Integration/Migration,
3. Inneres/innere Sicherheit sowie
4. Soziales und Gesundheit.

Dort erarbeiteten die Jugendlichen Resolutionen, die zum Abschluss im Plenum debattiert und beschlossen wurden. Zu den Ausschussberatungen wurden auch externe Fachleute hinzugezogen. Die vom Plenum von „Jugend im Parlament 2007“ verabschiedeten Resolutionen werden diesem Bericht als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Der Präsident der Bürgerschaft leitete die Resolutionen dem Senat mit der Bitte um Stellungnahme zu. Die Stellungnahmen der Fachdeputationen liegen mit der Mitteilung des Senats vom 27. Mai 2008 (Drs. 17/419) vor.

Die Resolutionen 1 bis 3 des Ausschusses Inneres/innere Sicherheit betrafen den Geschäftsbereich des Senators für Justiz und Verfassung. Der zuständige Rechtsausschuss hat die an ihn überwiesenen Resolutionen in seiner Sitzung am 7. März beraten. Die zur Sitzung des Rechtsausschusses eingeladenen Ausschussvorsitzenden von „Jugend im Parlament 2007“ nahmen an der Sitzung nicht teil. Der Bericht des Rechtsausschusses vom 25. März 2008 wird dieser Mitteilung beigefügt (Anlage 2).

Die vom Präsidium von „Jugend im Parlament 2007“ eingebrachte Resolution richtete sich an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft mit dem Begehren, Jugendlichen die mehrmalige Teilnahme an „Jugend im Parlament“ zu ermöglichen. Der Vorstand erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, sofern dadurch Jugendliche an einer erstmaligen Teilnahme an „Jugend im Parlament“ nicht gehindert werden. Freibleibende Plätze sollen in Zukunft auch durch ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer besetzt werden.

Christian Weber  
(Präsident)





# Jugend im Parlament 2007

## Resolutionen

der Ausschüsse

- Inneres / Innere Sicherheit
  - Bildung
  - Soziales und Gesundheit
  - Integration / Migration
- und des Präsidiums

## **Innere Sicherheit: JugendstraftäterInnen**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Die Straftäter werden immer jünger. Sie sind häufig 12 oder 13 Jahre alt, können aber für ihre Taten nicht belangt werden, da sie erst mit 14 strafmündig werden. Diese Jugendlichen sind sich ihrer Strafunmündigkeit aber durchaus bewusst und eine Abschreckung durch den Gesetzgeber ist somit nicht mehr gewährleistet.

### Lösung:

Dieses Problem lässt sich mit dem Herabsetzen des Mindestalters der Strafmündigkeit lösen, zumal nahezu alle Zwölfjährigen in der Lage sind, ihr Unrecht einzusehen und keinesfalls unbelangt in die Gesellschaft entlassen werden können.

### Wir fordern:

Wir fordern daher, der Kriminalität von 12-14jährigen mit Warnschussarresten, gemeinnütziger Arbeit und, bzw. als Ergänzung hierzu, einem Anti-Gewalt Training zu begegnen.

### Begründung (Beschlussvorlage):

Den Jugendlichen müssen die Grenzen eindeutig aufgezeigt werden, deshalb ist eine Flexibilisierung des Strafmündigkeitsalters unbedingt notwendig.

### Finanzielle Auswirkungen:

Besondere finanzielle Auswirkungen auf Grund dieser Resolution sind nicht ersichtlich.

### Alternative Forderung:

Alternativen zu dieser Resolution sind vom Einzelfall abhängig und könnten Erziehungskurse für Eltern sein, so wie es die Familienministerin Ursula von der Leyen angeregt hat.

## **Innere Sicherheit: Aufstockung der BeamtInnen im Justizbereich**

### Problem:

In der Bremer Justiz herrscht eine fatale Überbelastung der BeamtInnen und AngestellInnen, was zu enormen Verzögerungen in der Bearbeitung der Fälle führt. Betroffene müssen teilweise über Jahre hinweg warten, bevor ihr Fall bearbeitet werden kann.

### Lösung:

Durch die Aufstockung der in der Justiz arbeitenden BeamtInnen und AngestellInnen könnte eine wesentlich schnellere Bearbeitung der Prozesse gewährleistet werden, welches die Vernachlässigung so genannter Kavaliersdelikte verhindern wird. Des Weiteren wird diese Maßnahme eine größere Akzeptanz im Hinblick auf die Ausführung der Gesetze in der Bremer Bevölkerung hervorrufen.

### Forderung:

Deshalb fordert der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 die Aufstockung der Beamtenanzahl im Bereich der Bremer Justiz.

### Finanzierung:

Die Finanzierung eines solchen Projektes sollte durch eine intensivere Vorbereitung auf die jeweiligen Gerichtsverfahren ermöglicht werden, da dadurch bei den Prozessen Kosten eingespart werden können.

## **Innere Sicherheit: Beseitigung der Missverhältnisse im Justizbereich**

### Problem:

Der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 ist der Auffassung, dass es extreme Missverhältnisse innerhalb des deutschen Justizsystems gibt.

So wird in manchen Fällen zum Beispiel ein Vergewaltiger mit einer geringeren Haftstrafe als ein Raubkopierer belegt.

### Lösung:

Härtere Konsequenzen für Täter in den Bereichen „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“, „Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit“ und „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ werden für mehr Gerechtigkeit sorgen.

### Forderung:

Demzufolge fordert der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 die Verschärfung der oben genannten Gesetzesabschnitte des Strafgesetzbuches, um die in der Problembeschreibung erwähnten Missverhältnisse zu beseitigen.

### Finanzierung:

Diese Resolution hat keine Belastung für den Bremer Haushalt zur Folge und garantiert mehr Sicherheit und Gerechtigkeit.

### **Innere Sicherheit: NPD**

Die als rechtsextrem geltende Partei NDP hat bekannt gegeben, dass sie ihren Standort in den Stadtteil Gröpelingen verlagern möchte. Gröpelingen ist ein Stadtteil mit einem hohen Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund, daher wären Konflikte zwischen den AnwohnerInnen und den AnhängerInnen der NPD absehbar. Dies wäre ausserdem eine Provokation den meisten AnwohnerInnen gegenüber. Um die Sicherheit in diesem Stadtteil weithin zu gewährleisten fordern wir, dass es der NPD nicht gestattet wird ihren Standpunkt nach Gröpelingen zu verlagern.

## **Innere Sicherheit: Aufstockung der Polizei**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Aus den Kürzungsmaßnahmen in den letzten Jahren hat sich ergeben, dass die Polizei stark unterbesetzt ist. Laut Aussage der Polizei, läuft sie Gefahr, Straßenzüge aus den Augen zu verlieren, da sie kaum noch Präsenz zeigen kann.

Auch der Kontakt zum Bürger geht dadurch in die Brüche. Jugendliche betrachten die Polizei nicht mehr als Respektpersonen und Ansprechpartner. Das momentane Durchschnittsalter der PolizistInnen ist wesentlich höher als das der StraftäterInnen. Dies führt zu Verständigungsproblemen.

### Forderung:

Als Ausschuss, Inneres / Innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007, fordern wir eine Aufstockung auf mindestens 2750 PolizistInnen. Zurzeit werden lediglich 78 PolizistenInnen pro Jahr eingestellt. Um keine Einbüßungen im Personal zu bekommen wäre eine weitaus höhere Einstellungszahl notwendig, auch angesichts der massiven Altersabgänge in den nächsten Jahren. Eine konstante, hohe Zahl an PolizistenInnen wäre wünschenswert.

### Begründung:

Mehr Einsatzkräfte führen zu mehr Präsenz der PolizistenInnen. Das macht die Polizisten wieder zu AnsprechpartnerInnen. Die personelle Aufstockung der Polizei wäre eine gute Antwort auf die sehr hohe und steigende Kriminalitätsrate im Land Bremen.

## **Innere Sicherheit: Höhere Besoldung der Polizeibeamten**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Zwischen Bremen und den anderen Bundesländern herrschen hohe Unterschiede in der Besoldung der Polizei. Selbst innerhalb der Polizei Bremens gibt es Unterschiede in der Besoldung zwischen BeamtInnen und AngestellInnen, welche der Tarifautonomie unterliegen. Die Motivation der PolizistInnen leidet unter diesem Zustand.

### Forderung:

Deswegen fordern wir, als Ausschuss der inneren Sicherheit von Jugend im Parlament 2007, eine höhere Besoldung der PolizeibeamtInnen, die mindestens die Höhe der momentanen Inflationsrate von 3,0% betragen soll.

### Begründung:

Eine höhere Besoldung würde die Motivation steigern, die sonst eine Einbuße erfährt. Zudem fördert eine höhere Motivation die Produktivität des Einzelnen. Die Konsequenz wäre eine bessere Stimmung innerhalb der Polizei. Die Polizei bildet das Rückgrat eines jeden Staates und hat eine dementsprechende Besoldung verdient.

### Mögliche Finanzierung:

Anstatt kostenaufwendige Imagekampagnen zu finanzieren, sollte man diese Gelder lieber in höhere Besoldungen der PolizeibeamtInnen investieren.

### **Innere Sicherheit: Schließung von Polizeirevieren**

Aufgrund der Schließung der Polizeireviere ab 20 Uhr in Bremen z.B. in Huchting, Kattenturm usw., die sich aus der Polizeireform Bremen hervorgerichtet hat, kann die Sicherheit der Bremer Bürger in Problemgebieten nicht mehr ausreichend gewährleistet werden. Das Sicherheitsgefühl ist aufgrund dessen extrem beeinträchtigt.

Eine Lösung dieses Problems resultiert aus einer sofortigen Wiedereröffnung der Stadtteilreviere in besonders von Kriminalität betroffenen Stadtteilen (Soziale Brennpunkte).

Daher fordern wir durchgängige Öffnungszeiten der Stadtteilreviere in den betroffenen Stadtteilen. Durch ständige Präsenz in den Wachen steigt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Dadurch wird die Kriminalität eingedämmt und die Polizeiwachen gelten für BürgerInnen wieder als geeignete Anlaufstelle in Problemsituationen.

## **Bildung: Drei gliedriges Schulsystem**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Gesamtschule und zweigliedriges Schulsystem fördern die Individualität und die unterschiedlichen Bedürfnisse und Begabungen nur ungenügend.

### Lösung:

Das dreigliedrige Schulsystem fördert die Individualität und die unterschiedlichen Bedürfnisse und Begabungen.

### Wir fordern:

Den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und die Abschaffung der Gesamtschulen.

### Begründung (Beschlussvorlage):

Es fördert die Individualität der SchülerInnen welches die unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnisse berücksichtigt.

Es bereitet auf den zukünftigen Lebensweg vor.

### Finanzielle Auswirkungen:

Es gibt nur minimale finanzielle Auswirkungen da nur eine Umstrukturierung erforderlich ist.

### Resolution (Vorschlag):

Die AbgeordnetInnen der Bremischen Bürgerschaft mögen beschließen, dass das dreigliedrige Schulsystem erhalten bleibt und ausgebaut wird.

Dies muss mit der Abschaffung der Gesamtschule einhergehen.

Die Hauptschule sollte die berufshinführende Aufgabe übernehmen.

Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen und die Möglichkeit von weiterführenden Abschlüssen müssen gewährleistet sein.

Desweiteren muss die Zusammenarbeit von Eltern und Schule verstärkt werden.

Um die Hauptschule bestmöglich zu fördern halten wir es für nötig, dass „SchuB Projekt“ nach hessischem Vorbild einzuführen.

## **Bildung: Politikbildung**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Wir beobachten eine geringe Wahlbeteiligung unter Jugendlichen, fehlendes Vertrauen sowie Interesse an der Politik. Es besteht eine große Empfänglichkeit für Populismus durch fehlendes Wissen bei jüngeren Menschen.

### Lösung:

Lösen kann man dies durch neutrale Aufklärung in Form von Politikunterricht mit Praxisbezug, wie z.B. das Besuchen öffentlicher politischer Einrichtungen oder der Teilnahme an Projekten („Jugend im Parlament“)

### Wir fordern:

Wir fordern den verpflichtenden Politikunterricht ab der fünften Jahrgangsstufe, der zweistündig an allen Schulen, privaten wie auch öffentlichen, im Land Bremen erteilt werden muss. Hierbei sollte auf einen größeren Bezug zu aktuellen politischen Themen geachtet werden.

### Begründung (Beschlussvorlage):

Frühe politische Bildung ist gesellschaftlich sehr wichtig, um das Interesse an Politik im Allgemeinen zu steigern und einer geringen Wahlbeteiligung vorzubeugen.

### Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung von zwei Wochenstunden pro Schulklasse.

### Alternative Forderung:

Unser Alternativvorschlag wäre, alle zwei Wochen eine Doppelstunde pro Schulklasse zu unterrichten, bzw. jede Woche nur eine Stunde zu erteilen.

### Resolution (Vorschlag):

Durch die oben genannten Probleme, die sich in unserer Umgebung widerspiegeln, fordern wir verpflichtenden Politikunterricht ab der fünften Klasse, der in zwei Stunden pro Woche erteilt wird.

Pflicht sollten hierbei Besuche von öffentlichen politischen Veranstaltungen wie der Bremischen Bürgerschaft sein. Ebenso fordern wir, dass in jeder Politikstunde auf aktuelle Themen eingegangen wird!

## **Soziales und Gesundheit: Zukunft Kinder**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Laut einer UNICEF - Studie aus dem Jahr 2006 gibt es in Bremen für Kinder, im Vergleich zu anderen Bundesländern, das deutschlandweit größte Armutsrisiko. Darüber hinaus gibt es in Bremen Stadtteile mit sozialen Problemen, auf die sich das Armutsrisiko noch intensiver zentriert. In Bremen - Kirchhuchting sind 27,8 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre auf staatliche Sozialleistungen angewiesen (Quelle: Statistisches Landesamt Bremen).

Die Zukunftschancen von Kinder und Jugendlichen in solchen Stadtteilen sind gering und auf Grund der Tatsache, dass in Teilen Huchtings ca. 50 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben, diesen aber keine Möglichkeit zur Integration geboten wird, versinken sie in die Perspektivlosigkeit. Konkrete Folgen sind schlechte Bildung, ansteigende Kriminalität unter Jugendlichen und weiter sinkende Lebensqualität.

Insbesondere in diesen Stadtteilen fehlen soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, sowie ein ausreichendes Betreuungsangebot, da Einrichtungen wie Jugendzentren (beispielsweise die „Mixbox“) geschlossen wurden.

### Lösung:

Eine naheliegende Lösung für einen Großteil dieser Probleme ist die Förderung von sozialen Projekten für Kinder und Jugendliche, wie dem in Bremen - Huchting bereits begonnenen Projekt „Ein Zuhause für Kinder“.

Dieses Projekt dient schon jetzt als Anlaufpunkt für viele Kinder und Jugendliche (ca. 250 - 300 Kinder wöchentlich). Bisher trafen sich die Kinder und Jugendlichen in der evangelischen St. Matthäus Gemeinde, jedoch stehen dort inzwischen nicht mehr ausreichend Räumlichkeiten zur Betreuung zur Verfügung, da die Nachfrage nach Angeboten, wie Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten, erheblich gestiegen ist. Um zum täglichen Anlaufpunkt für die Jugendlichen aus dem Stadtteil zu werden und, um das bereits bestehende Angebot zu erweitern, werden weitere, eigene Räumlichkeiten dringend benötigt. Geplant sind unter anderem Elterntraining, Seminare zur Suchtprävention, sowie kostenlose Freizeitangebote, beispielsweise im Bereich Musik und Sport. Zu der bereits bestehenden Kooperation mit der Integrierten Stadtteilschule Hermannsburg, sollen die Kinder und Jugendlichen im

„Zuhause für Kinder“ durch praktische Lebenshilfe und Wertevermittlung unterstützt werden.

Bei dem Projekt „Ein Zuhause für Kinder“ handelt es sich um eine feste Konzeption in Partnerschaft mit dem in Berlin und Hamburg bereits fest integrierten Projekt „Arche“, das deutschlandweit als Paradebeispiel für soziales Engagement für Jugendliche und Kinder gilt.

#### Begründung (Beschlussvorlage):

Warum sollte das Projekt „Ein Zuhause für Kinder“ gefördert werden?

Für dieses Projekt besteht bereits ein festes Fundament aus ca. 80 ehrenamtlichen HelferInnen, sowie ein konkretes Konzept, dessen Ausführung bereits begonnen hat. Weiterhin handelt es sich bei diesem Projekt nicht um eine Zukunftsvision, sondern um eine bereits in Angriff genommene Realität. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie erfolgreich diese Konzeption funktioniert und daher wurde das Projekt „Ein Zuhause für Kinder“ für seine bisherige Arbeit mit dem „Deutschen Kinderpreis 2007“ ausgezeichnet.

Bei der noch notwendigen Unterstützung dieses Projekts handelt es sich daher nicht um eine Gesamtfinanzierung, die auf Grund des knappen Haushaltes des Landes Bremen auch nicht möglich wäre, sondern um eine partielle Förderung.

Die private Unterstützung vieler einzelner Träger, sowie der Bekanntheitsgrad des Projekts im Stadtteil Huchting und weit über Bremen hinaus, ist ein vielversprechendes Fundament für eine erfolgreiche Umsetzung. Gerade wo sich freie Träger finanziell engagieren, um Jugendlichen und Kindern ein attraktives Angebot zu machen, sollte die Politik unterstützend wirken. Das lässt sich gut mit dem afrikanischen Sprichwort umschreiben: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind stark zu machen“, was soviel bedeutet, dass alle gesellschaftlichen Kräfte an einem Strang ziehen müssen.

#### Wir fordern:

1. Ideelle Unterstützung durch Medienpräsenz und Unterstützung bei Behördenvorgängen (z.B. Besuch des Projektes durch die Abgeordneten)
2. Kontaktvermittlung zu potentiellen Sponsoren (beispielsweise in der Wirtschaft)
3. Finanzielle Unterstützung für die Inneneinrichtung der Räumlichkeiten, den Bau eines großen Gemeinschaftsraums, eines Kinder- und Jugendcafes, usw.

#### Finanzielle Auswirkungen:

Für die ersten beiden Punkte der Forderungen besteht kein finanzieller Aufwand. Als finanzielle Unterstützung entsteht beispielsweise bei der Finanzierung der Einrichtung des Kinder- und Jugendcafes und des großen Gemeinschaftsraumes mit einer Beteiligung von 50% der Kosten ein finanzieller Aufwand von ca. 40.000€.

Alternative Forderung:

Als alternative Handlungsmöglichkeiten sollte die Kinder- und Jugendförderung in Bremen Huchting erheblich ausgeweitet werden, um die oben genannten Probleme zu bewältigen.

Resolution (Vorschlag):

Kinder sind unsere Zukunft, und um Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Gebieten zu fördern, müssen konkrete Projekte, wie „Ein Zuhause für Kinder“ von Politikern wahrgenommen und durch die Politik unterstützt werden.

## **Soziales und Gesundheit: BSAG**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

SchülerInnen nutzen den ÖPNV zur allgemeinen Fortbewegung. Um zur Schule und zu Freizeitbeschäftigungen zu gelangen, sind wir auf Busse, Straßenbahnen und Regionalzüge angewiesen. Diese Abhängigkeit zwingt uns zum Kauf der überkauerten Erwachsenentickets in den Fahrzeugen, da man die Kindertickets nur unter 15 Jahren nutzen darf. SchülerInnen vermissen in den Bussen und Bahnen die Schülertickets, die an ihr Alter und damit an ihr Budget angepasst sind, diese sind nur im Vorverkauf verfügbar.

Außerdem ist der regelmäßige Kauf von Monatstickets aufwendig und teuer, während den Studentinnen und Studenten das Semesterticket zur Verfügung steht, welches günstig und ohne viel Aufwand für die Dauer mehrer Monate erhältlich ist.

### Lösung:

Schülerticketverkauf auch in Fahrzeugen und nicht nur im Vorverkauf, das Resultat würde für die SchülerInnen bedeuten, dass sie statt 2,10 Euro nur noch 1,00 Euro zahlen müssten.

In diesem Sachverhalt wäre es auch von Vorteil, wenn BOB-Automaten in den Regionalzügen der Deutschen Bahn und in den Fahrzeugen des VBN angeboten werden würden, denn dann würde es den KundenInnen ermöglicht, von z.B. Bremen-Nord bis zum Flughafen mit einem günstigen BOB Ticket zu fahren. Natürlich müssen die Schülertickets auch an BOB-Automaten verfügbar sein. Eine Erweiterung des Ticketangebots um Semestertickets auch für SchülerInnen würde den Aufwand Monatstickets zu kaufen hinfällig machen und den Geldbeutel der SchülerInnen auf Dauer entlasten. Diese Tickets könnten am Anfang eines jeden Halbjahres bzw. des Winters in Zusammenarbeit mit den Schulen verkauft werden.

### Wir fordern:

1. Schülerticketverkauf auch in allen Fahrzeugen, nicht nur im Vorverkauf.
2. BOB-Automaten auch in den Regionalzügen und VBN Fahrzeugen.
3. Semester Tickets auch für SchülerInnen.

### Begründung (Beschlussvorlage):

Zu 1. Wenn SchülerInnen günstigere Tickets erwerben können, werden sie öfter den ÖPNV nutzen können und gleichzeitig hätten sie mehr Geld für andere Dinge zur Verfügung. Auch Streit über die zusätzliche Zahlung von Fahrgeld an die Kinder würde in vielen Familien reduziert werden.

Zu 2. BOB-Automaten machen es für die KundenInnen bedeutend einfacher, zwischen verschiedenen Tarifzonen unterwegs zu sein. Eine Aufrüstung der DB Züge und VBN Fahrzeuge wäre daher sehr vorteilhaft für die Unternehmen und die KundenInnen.

Zu 3. Der Erwerb eines Monatstickets ist umständlich und teuer. Ein Semester Ticket bei ca. 5 Monaten Gültigkeit kostet lediglich rund 80 Euro, das Monatsticket für SchülerInnen kostet jedoch bei 5 Monaten Gültigkeit mehr als 150 Euro. Diese Rechnung beweist die Ungerechtigkeit zwischen SchülerInnen und StudentInnen.

### Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanziellen Auswirkungen sind nicht genau zu kalkulieren, da wir nicht in die Materie der Preisbildung und damit die Bilanz des ÖPNV einsteigen konnten. Doch sind wir davon überzeugt, dass das Volumen der KundenInnen sich bedeutend erhöhen wird, da diese Änderungen vielen SchülerInnen zu Gute kommt, die es sich im Moment mehrmals überlegen müssen, ob sie den ÖPNV oder ein Taxi oder das Fahrrad nutzen.

### Alternative Forderung:

Eine Alternative wäre es, Kindertickets bis zum 17. Geburtstag gelten zu lassen. Den Nachzuschlag für SchülerInnen und StudentInnen (bei entsprechender Ausweisung) entfallen zu lassen.

### Resolution (Vorschlag):

Wir fordern die Einführung des Verkaufs von Schülertickets in allen Bussen und Bahnen des ÖPNV, sowie die Erweiterung des Ticketangebots in Form von Semestertickets für SchülerInnen. Des Weiteren fordern wir, BOB-Automaten in allen Fahrzeugen des VBN, inklusive der Regionalzüge der Deutschen Bahn, zu installieren.

## **Integration / Migration: Stadtteilbrennpunkte**

### Problem (Sachverhaltsschilderung):

Es existieren spezielle Bezirke, in den sich Migrantenfamilien sammeln und dadurch in einer eigenen Umgebung leben und aufwachsen. Dies führt zu einer Abgrenzung von der restlichen Gesellschaft, was wieder um zu einer Abneigung der Einheimischen führt.

Es existieren in Bremen bereits viele Integrationsprojekte, die an verschiedenen Stellen arbeiten. Jedoch arbeiten die Organisationen nicht zusammen. Dadurch kommen die Informationen nicht bei allen Gruppen an und es wird überflüssig Geld ausgegeben, weil jeder eigenständig an einer Baustelle arbeitet.

In bestimmten sozialen Brennpunkten besteht eine mangelnde Schulbildung, weil dort auch Armut besteht. Diese fehlende Schulbildung ist in diesen Bereichen signifikant höher als in anderen Gebieten.

Es gibt Jugendmigrationsdienste, doch es existieren zum einen zu wenige, und zum anderen haben nur diejenigen Anspruch auf Hilfe, die vor kurzem nach Deutschland gezogen sind.

### Lösung:

Anstatt, dass man die Sozialwohnungen alle in einem Stadtteil baut, könnte man sie auf verschiedenen Stadtteilen verteilen. So stellt man sicher, dass keine sozialen Brennpunkte entstehen.

Um die vielen Projekte zum Thema Integration unter einen Hut zu bekommen, muss man eine Projektzentrale aufbauen, die dafür sorgt, dass alle Projekte koordiniert werden können, wo Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Desweiteren sollte mehr Beratung und Fördergelder zur Verfügung stehen. Außerdem müssen die Klassen kleiner gemacht werden und die Anzahl der Deutschstunden erhöht werden, um den Migranten eine Schulbildung zu ermöglichen.

Anlaufstellen müssen gezielt in den Brennpunkten in großer Zahl vertreten sein.

Anspruch auf Migrationsdienste, die sich zur Zeit nur auf Neuzuwanderer beschränken, sollten auf schon länger in Deutschland lebende Migranten erweitert werden.

### Wir fordern:

Es sollen mehr Integrationskurse für 18-27jährige entstehen, weil dies genau die Randgruppe ist, welche nicht unbedingt schulpflichtig ist, aber auch noch nicht zu den Eltern zählt.

Wir fordern, dass in bestimmten sozialen Brennpunkten die Anzahl der Unterrichtsstunden im Fach Deutsch erhöht wird. Außerdem ist die Arbeit in kleineren Klassen effizienter.

Wir möchten die Höhe der Fördermittel für Jugendmigrationsdienste und -projekte, gezielt in bestimmten Stadtteilen, in denen ein größerer Bedarf für diese besteht, (sinnvolle Vernetzung und Zusammenarbeit) erhöhen.

### Begründung (Beschlussvorlage):

Die Ghettoisierung kann durch Streuung der Sozialwohnungen verhindert werden, da die Migrationsfamilien in einem deutschen Umfeld wohnen. Sie können so soziale Kontakte knüpfen und sind nicht mehr abgegrenzt. Die Schulklassen haben einen geringeren Anteil an Migrantenkindern. Die deutsche Sprache wird verstärkt benötigt und angewendet, diese besseren Sprachkenntnisse bieten bessere Grundlagen für die Schullaufbahn der Kinder.

Ungenügende Koordinierung kann durch eine Projektzentrale verbessert werden. Diese Projektzentrale kann die jeweiligen Informationen besser und gezielter verbreiten vor allem auf breiter Ebene. Die Projektzentrale sollte auch auf Menschen gezielt zugehen, um die Teilnahme an Projekten anzuregen und vor allem über laufende Projekte zu informieren.

Die Angst vor fehlender Anerkennung und Akzeptanz kann durch eine höhere Berufsqualifikation beseitigt werden. Durch die Anerkennung bereits vorhandener Berufsqualifikationen erhalten Erwachsene eine höhere Chance auf dem Arbeitsmarkt und es kommt nicht zu einem Statusverlust. Das Selbstgefühl bleibt erhalten.

Durch homogene Gruppen in den Sprachkursen kann ein gemeinschaftlicher Lernprozess erreicht werden, da er nicht durch unterschiedliche Lerntypen aufgehalten wird.

Durch die gegenseitige Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund in Grundschulen können Sprachbarrieren überwunden werden. Die Elternlotsen können eine Vorbildfunktion für die Eltern der Kindern aufweisen.

Ein Anspruch auf Jugendmigrationsdienste sollte auch den nicht neu Zugewanderten geboten werden. Die Vorteilen davon wären, dass diese den Neuzuwanderern wertvolle Ratschläge erteilen könnten und dadurch ihre eigene Integration vertiefen würden. Die Neuzuwanderer fühlen sich nicht allein gelassen und wie in eine Gemeinschaft aufgenommen.

#### Finanzielle Auswirkungen:

Höhere Kosten, aber langfristige Kostensenkung durch positiven Rückkopplungseffekt, da weniger Menschen sozialhilfeabhängig sind, wenn sie durch gezielte Förderung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Außerdem, je mehr Menschen Arbeit finden, umso mehr Geld wird in die Staatskasse gezahlt.

#### Resolution (Vorschlag):

Das oberste Ziel dieser Resolution ist die kulturelle Annäherung von Migranten und Einheimischen. Dies wollen wir dadurch bewirken, dass den Migranten bessere Chancen gegeben werden sich zu integrieren. Sie sollten durch eine verstärkte Förderung eine Chance haben sich in diesem Staat zu engagieren und die Gesellschaft integrieren zu können. Durch eine bessere Integration können gesellschaftliche Potentiale besser genutzt werden, um ein erfolgreiches Zusammenleben zu ermöglichen. Die kulturellen Kenntnisse und sprachlichen Fähigkeiten, der Menschen mit Migrationshintergrund können so zum Wohle der Gesellschaft wirtschaftlich genutzt werden.

## Präsidium: Jugend im Parlament

Nach den gegenwärtigen Regeln von Jugend im Parlament darf ein/e TeilnehmerIn zwischen 15 und 21 Jahren nur ein Mal an dieser Veranstaltung teilnehmen. Da es aber in diesem Jahr zu weniger als 83 Anmeldungen kam, wäre es sinnvoll, den ehemaligen TeilnehmerInnen eine mehrfache Mitgliedschaft zu gewähren, solange sie 21 Jahre oder jünger und BürgerInnen im Land Bremen sind.

Wenn bei Anmeldeschluss weniger Anmeldungen vorliegen als Plätze zur Verfügung stehen, sollen die Anmeldungen von TeilnehmerInnen aus dem vorhergehenden Jahr berücksichtigt werden.

Bei der zweiten Teilnahme soll ein/e TeilnehmerIn allerdings nicht für eine der Positionen im Präsidium oder in den Ausschüssen kandidieren dürfen, da dies gegenüber den neuen TeilnehmerInnen unfair wäre.

Rechtsausschuss  
Der Vorsitzende

25. März 2008

## **Bericht des Rechtsausschusses an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft**

### **Jugend im Parlament 2007**

hier: Resolutionen 1. bis 3. des Ausschusses Inneres/ Innere Sicherheit

Der Rechtsausschuss hat in seiner Sitzung am 7. März 2008 die an ihn überwiesenen Resolutionen des Ausschusses Inneres/ Innere Sicherheit beraten. Die zu der Sitzung eingeladenen Ausschussvorsitzenden Melissa Lebert und William Middendorf haben an der Sitzung nicht teilgenommen. Eine Entschuldigung erfolgte nicht. Der Senator für Justiz und Verfassung hat zu den Vorschlägen des Ausschusses Inneres/ Innere Sicherheit Stellung genommen.

#### **I. Zu den Resolutionen im Einzelnen**

##### **1. Innere Sicherheit: JugendstraftäterInnen**

###### Problem (Sachverhaltsschilderung):

*Die Straftäter werden immer jünger. Sie sind häufig 12 oder 13 Jahre alt, können aber für ihre Taten nicht belangt werden, da sie erst mit 14 strafmündig werden. Diese Jugendlichen sind sich ihrer Strafunmündigkeit aber durchaus bewusst und eine Abschreckung durch den Gesetzgeber ist somit nicht mehr gewährleistet.*

###### Lösung:

*Dieses Problem lässt sich mit dem Herabsetzen des Mindestalters der Strafmündigkeit lösen, zumal nahezu alle Zwölfjährigen in der Lage sind, ihr Unrecht einzusehen und keinesfalls unbelangt in die Gesellschaft entlassen werden können.*

###### Wir fordern:

*Wir fordern daher, der Kriminalität von 12-14jährigen mit Warnschussarresten, gemeinnütziger Arbeit und, bzw. als Ergänzung hierzu, einem Anti-Gewalt Training zu begegnen.*

###### Begründung (Beschlussvorlage):

*Den Jugendlichen müssen die Grenzen eindeutig aufgezeigt werden, deshalb ist eine Flexibilisierung des Strafmündigkeitsalters unbedingt notwendig.*

###### Finanzielle Auswirkungen:

*Besondere finanzielle Auswirkungen auf Grund dieser Resolution sind nicht ersichtlich.*

Alternative Forderung:

Alternativen zu dieser Resolution sind vom Einzelfall abhängig und könnten Erziehungskurse für Eltern sein, so wie es die Familienministerin Ursula von der Leyen angeregt hat.

## **Stellungnahme des Senators für Justiz und Verfassung**

Die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters war mehrfach Gegenstand erfolgloser Bundesratsinitiativen. Sie ist fachlich nicht geboten.

Kindern, die gegen Strafgesetze verstoßen, müssen die Grenzen aufgezeigt werden. Dazu bedarf es aber nicht strafrechtlicher Sanktionen. Das Kinder- und Jugendhilferecht stellt die erforderlichen Mittel, z.B. Hilfen zur Erziehung, zur Verfügung. Sie müssen nur eingesetzt werden. Gegebenenfalls müssen auch die Erziehungsberechtigten in geeigneter Weise auf ihre Pflichten hingewiesen werden.

## **2. Innere Sicherheit: Aufstockung der BeamtInnen im Justizbereich**

Problem:

*In der Bremer Justiz herrscht eine fatale Überbelastung der BeamtInnen und Angestellte, was zu enormen Verzögerungen in der Bearbeitung der Fälle führt. Betroffene müssen teilweise über Jahre hinweg warten, bevor ihr Fall bearbeitet werden kann.*

Lösung:

*Durch die Aufstockung der in der Justiz arbeitenden BeamtInnen und Angestellte könnte eine wesentlich schnellere Bearbeitung der Prozesse gewährleistet werden, welches die Vernachlässigung so genannter Kavaliersdelikte verhindern wird. Des Weiteren wird diese Maßnahme eine größere Akzeptanz im Hinblick auf die Ausführung der Gesetze in der Bremer Bevölkerung hervorrufen.*

Forderung:

*Deshalb fordert der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 die Aufstockung der Beamtenanzahl im Bereich der Bremer Justiz.*

Finanzierung:

*Die Finanzierung eines solchen Projektes sollte durch eine intensivere Vorbereitung auf die jeweiligen Gerichtsverfahren ermöglicht werden, da dadurch bei den Prozessen Kosten eingespart werden können.*

## **Stellungnahme des Senators für Justiz und Verfassung**

Die Beschäftigten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sind in der Tat besonders stark belastet. Dem Rechtsausschuss ist darüber zuletzt in der Vorlage vom 06.02.2008

für die Sitzung am 13.02.2008 ausführlich berichtet worden. In den Dienststellen des Justizressorts sind seit 1993 mehr als 25% des Personals abgebaut worden; das ist weit mehr als in jedem anderen Bundesland. In den Benchmarkvergleichen mit den anderen Bundesländern über die Verfahrenserledigungen pro Kopf belegt Bremen in vielen Bereichen Spitzenplätze.

Insbesondere beim Landgericht haben sich hohe Rückstände in den Strafkammern gebildet. Um die Situation zu entschärfen, ist die Verstärkung des Landgerichts bis auf weiteres von 42 auf 48 Richterstellen und die Einrichtung von zwei zusätzlichen Strafkammern beschlossen worden.

Auch in den übrigen Bereichen werden alle Anstrengungen unternommen, um die Verfahrenslaufzeiten zu verkürzen und Rückstände abzubauen. Die Möglichkeiten zur Wiederbesetzung von Vakanzen werden optimal ausgeschöpft. So konnten Anfang des Jahres 2008 weitere Personalkapazitäten durch Aufstockungen teilzeitbeschäftigter Rechtspfleger und Justizfachangestellten realisiert werden. Voraussichtlich werden im Personalhaushalt 2008/2009 für erforderliche Schwerpunktsetzungen in begrenztem Umfang Personalverstärkungsmittel zur Verfügung stehen.

### **3. Innere Sicherheit: Beseitigung der Missverhältnisse im Justizbereich**

#### Problem:

*Der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 ist der Auffassung, dass es extreme Missverhältnisse innerhalb des deutschen Justizsystems gibt. So wird in manchen Fällen zum Beispiel ein Vergewaltiger mit einer geringeren Haftstrafe als ein Raubkopierer belegt.*

#### Lösung:

*Härtere Konsequenzen für Täter in den Bereichen „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“, „Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit“ und „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ werden für mehr Gerechtigkeit sorgen.*

#### Forderung:

*Demzufolge fordert der Ausschuss für innere Sicherheit von Jugend im Parlament 2007 die Verschärfung der oben genannten Gesetzesabschnitte des Strafgesetzbuches, um die in der Problembeschreibung erwähnten Missverhältnisse zu beseitigen.*

#### Finanzierung:

*Diese Resolution hat keine Belastung für den Bremer Haushalt zur Folge und garantiert mehr Sicherheit und Gerechtigkeit.*

## **Stellungnahme des Senators für Justiz und Verfassung**

Die in der Resolution beklagten „Missverhältnisse“ bei der Strafdrohung für einzelne Delikte existieren tatsächlich nicht. Gerade im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung hat der Gesetzgeber in den vergangenen Jahren für eine grundlegende Strafraumen-Harmonisierung gesorgt: Mit einem umfangreichen Gesetz, das am 1. April 2004 in Kraft getreten ist, hat der Gesetzgeber die strafrechtlichen Vorschriften zum Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts überarbeitet. An zahlreichen Stellen sind die Strafdrohungen erhöht worden vor allem für den sexuellen Missbrauch von Kindern und widerstandsunfähiger Personen. Neue Tatbestände, die eine wirksamere Verfolgung der Kinderpornografie ermöglichen, sind geschaffen worden. Nicht zuletzt kann bei jeder Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung – also auch beim Exhibitionismus – eine DNA-Analyse und -Speicherung angeordnet werden. Durch ein weiteres, im Jahr 2005 in Kraft getretenes Gesetz sind die Vorschriften gegen den Menschenhandel neu gefasst worden. Schließlich wird seit 2005 die Zwangsverheiratung als besonders schwerer Fall der Nötigung mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft. Eine weitere Reform betrifft die stärkere Bekämpfung des Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch pornografische Darstellungen. Bremen hat die genannten Gesetzesvorhaben im Bundesrat unterstützt.

## **II. Ergebnis der Beratungen des Rechtsausschusses**

Der Rechtsausschuss ist den Stellungnahmen des Senators für Justiz und Verfassung beigetreten.

Dr. Oliver Möllenstädt  
Vorsitzender